

kontrollgesetzen. Bezugsberechtigt sei jeder, der einen "Endverbrauchernachweis" vorlegen könne - also ein Dokument, das "für sattes Bakschisch" überall frei gehandelt werde. Von Beijing werde aber auch bedient, wer das Unbedenklichkeitspapier nicht beibringen könne. "Als Legitimation akzeptieren die Chinesen auch Bargeld." Wegen der konkurrenzlosen Billigkeit der chinesischen Waffen - die allerdings erhebliche Mängel aufwiesen - bestehe ein "reißender Absatz".

-we-

(5) Afghanistan: Scheitern des EG-Vermittlungsversuchs; Grenzprobleme mit China

Am 5. Juli besuchte der britische Außenminister Lord Carrington, Vorsitzender des EG-Ministerrats, die Sowjetunion, um die europäischen Vermittlungsdienste in der Afghanistan-Frage anzubieten. Moskau jedoch lehnte ab und stellte drei Vorbedingungen für einen "ausgehandelten Truppenrückzug", nämlich: 1. keine Intervention in Afghanistan von Pakistan oder Iran aus; 2. Garantie der afghanischen Blockfreiheit; 3. Sicherheitsgarantie für die sowjetische Grenze. Noch im April 1980 hatte Moskau einen Fünf-Punkte-Vorschlag vorgebracht, demzufolge Afghanistan und seine Nachbarn miteinander verhandeln sollten. Inzwischen haben Moskau "seinen Preis angehoben". Nun würden sogar Vorbedingungen für Rückzugsverhandlungen gefordert, so als wären es nicht die Sowjets, die Afghanistan besetzt hielten, sondern irgendein anderes Land, das die Sowjetunion bedroht, so daß diese nicht ohne Garantien für die eigene Sicherheit auskommen kann (XNA, 9. und 13.7.81).

Nicht zur Entschuldigung, wohl aber zur Erklärung des neuen sowjetischen Verhaltens sei darauf hingewiesen, daß sich an der Südflanke der Sowjetunion inzwischen einige Veränderungen ergeben haben, die freilich nichts anderes sind als Reaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan: Pakistan ist sich mit den USA über Waffenlieferungen in Höhe von 2 Mrd.\$ einig geworden. Die beiden traditionellen Feinde auf dem Subkontinent, Indien und Pakistan, zwischen denen sich bisher ein Divide-et-impera-Spiel treiben ließ, scheinen sich neuerdings näherzukommen, und sogar China, das in Pakistan seit Jahrzehnten ohnehin "zu Hause ist", scheint nunmehr mit Indien besser zurechtzukommen. Obendrein verschlechtert sich die militärische Situation der Sowjetunion in Afghanistan, wie ein RMRB-Kommentar (25.6.81) deutlich macht. Die afghanischen Guerillakämpfer hätten bisher 10.000 sowjetische Soldaten, also weit über 10% der Angreifertruppen, vernichtet und größere Waffenbestände erbeutet, so daß Moskau 10.000 neue Soldaten habe nachschieben, seine Kontrolle über die Hauptstädte verstärken, die Logistik weiter ausbauen und den Wakhan-Korridor konsolidieren müssen. Überdies müsse die Sowjetunion gewaltige Geldsummen in das Afghanistan-Unternehmen stecken, die dann zu Hause fehlten. Allein im ersten Okkupationsjahr (1979) habe die Sowjetunion zwischen zwei und vier Milliarden Dollar für Militärgüter ausgeben müssen. Z.Zt. seien jeden Tag 250 t Treibstoff, Munition und Waffen nach Afghanistan einzufliegen. Täglich seien dafür drei bis vier Millionen US-Dollar aufzubringen. Außerdem habe die Sowjetunion dem Karmal-Regime eine Wirtschaftshilfe zwischen zehn und zwanzig Millionen Dollar eingeräumt.

Ärger gibt es neuerdings mit der Grenze im Pamir-Bereich. Am 22. Juli gab das chinesische Außenministerium eine Erklärung heraus, in der es den Grenzvertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan vom 16. Juni 1981 als "illegal und ungültig" bezeichnete, da er Gebiete miteinbeziehe, die zwischen China und der Sowjetunion umstritten seien. Der afghanisch-sowje-

tische Grenzvertrag umfasse den Sektor zwischen dem Westufer des Sees Zorkul und dem Pavolo-Shveikovski-Gipfel. Hier handle es sich um ein Gebiet, das zwischen der Sowjetunion und China streitig ist. Nach einem chinesisch-russischen Protokoll von 1884 war das Gebiet dem chinesischen Reich zugesprochen worden. Gleichwohl entsandte die zaristische Regierung 1892 Truppen in den Pamir und riß über 20.000 qkm in dem China zugesprochenen Pamir-Bereich westlich der Sarükol-Kette an sich. Keine chinesische Regierung habe diesen Landraub anerkannt. Zuletzt habe die Regierung der Volksrepublik in einer Erklärung vom 8. Oktober 1969 ihre Position wiederholt, daß es sich bei dem Areal im Pamir um umstrittenes Gebiet handle, über dessen Zukunft erst noch zu verhandeln sei.

Zwischen China und Afghanistan war am 22. November 1963 ein Grenzvertrag unterzeichnet worden, der die damals existierenden Territorialprobleme beseitigte (XNA, 23.7.81).

-we-

INNENPOLITIK

(6) Hu Yaobang präzisiert seine Einschätzung Mao Zedongs 60. Jahrestag der Gründung der KPCh

Am 1. Juli 1981 wurde in allen Landesteilen der Volksrepublik China der 60. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas begangen. Die Feierlichkeiten der Parteiführung fanden in der Großen Halle des Volkes in Beijing statt, an der 10.000 Menschen teilnahmen. Auf dieser Veranstaltung hielt der neu gewählte Parteivorsitzende Hu Yaobang eine zweistündige Rede, die im Beijinger Fernsehen und Rundfunk übertragen wurde (Text der Rede in: RMRB, 2.7.81; deutsch in: BRU, 14.7.81). Wie das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", in ihrem Leitartikel vom 6. Juli 1981 betonte, soll diese Rede zusammen mit der "Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" und dem Kommuniqué der 6. Plenartagung des XI. ZK der KPCh in den folgenden sechs Monaten von allen Parteimitgliedern studiert werden, um die politischen Ansichten innerhalb der Partei zu vereinheitlichen.

In seiner Rede ging Hu Yaobang erneut auf die bereits in der "Resolution..." vorgenommene Bewertung Maos und der "Mao-Zedong-Ideen" ein. Hu führte aus, daß die Grundprinzipien des Marxismus kein fertiges Konzept für die chinesische Revolution geliefert hätten. Das große Verdienst Maos habe eben darin bestanden, daß er die Grundprinzipien des Marxismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution erfolgreich verbunden habe. Auf diese Weise seien die "Mao-Zedong-Ideen" als wissenschaftliche Leitideologie entstanden, die die Kristallisation der kollektiven Weisheit der Partei darstellten. Hu Yaobang betonte, daß die KPCh auch in Zukunft an den "Mao-Zedong-Ideen" als Leitideologie festhalten werde, schränkte jedoch ein, daß - ebenso wie die marxistische Theorie, die kein totes Dogma sei - auch die "Mao-Zedong-Ideen" weiterentwickelt werden müßten. De facto ist dieses bereits weitgehend geschehen, in dem u.a. in der "Resolution..." die "Mao-Zedong-Ideen" von den - nach Meinung der heutigen Parteiführung - "falschen" Ansichten Maos getrennt und ihres "linken" Gehaltes entleert wurden. Heute werden unter den "Mao-Zedong-Ideen" nur noch jene Bruchstücke der maoistischen Lehre verstanden, die in das Modernisierungskonzept der Deng Xiaoping-Fraktion passen. Die "Weiterentwicklung der 'Mao-Zedong-Ideen'" besteht darüber hinaus darin, daß unter dieser ideologischen Formel, die de

facto anti-maoistischen Ansichten und Konzepte Deng Xiaopings, Hu Yaobangs, Zhao Ziyangs und u.a. subsumiert werden können.

Hu Yaobang ging in seiner Rede auch kurz auf die "Fehler" Mao Zedongs ein, schalt jedoch gleichzeitig die Partei, die nicht im Stände gewesen sei diesen Fehlern Maos Einhalt zu gebieten. Diese Kritik an der Partei, die - so Hu Yaobang - sogar die "falschen" Ansichten Maos akzeptiert und ihnen sogar zugestimmt habe, ist in der "Resolution..." nicht zu finden. In der auf der 6. Plenartagung des XI. ZK verabschiedeten "Resolution..." findet sich auch nicht jene Einschätzung Hu Yaobangs, nach der Mao "der größte nationale Held in der Geschichte der chinesischen Nation ist". Hu Yaobang betonte, daß Mao Zedongs "Verdienste für die chinesische Revolution seine Fehler bei weitem übertreffen".

Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte Hu Yaobang u.a. die Notwendigkeit, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festzuhalten, d.h. vor allem die alleinige Führung durch die KPCh zu akzeptieren. Hu rief alle Parteimitglieder zu mehr Disziplin, zu mehr Arbeit für das Volk und zu einem besseren Arbeitsstil auf und forderte eindringlich eine Verjüngung der Parteiorgane. Die "alten Genossen" sollten junge Funktionäre zu ihren künftigen Nachfolgern auswählen, sie heranzubilden und ihnen schließlich auf den Leitungsposten Platz machen. Wie bereits die "Resolution..." betonte auch Hu Yaobang am Ende seiner Rede, daß die Kommunistische Partei Chinas auch in Zukunft am "proletarischen Internationalismus" festhalten und den "gerechten Kampf der Völker der ganzen Welt" unterstützen werde.

Anläßlich des 60. Jahrestages der Gründung der KPCh fanden in allen chinesischen Provinzen entsprechende Feierlichkeiten statt. Die Massenmedien druckten zahlreiche Artikel zur nun erneut umgeschriebenen Geschichte der KPCh, und mehrere Verlage publizierten Bücher und Broschüren zu diesem Thema. Neben einem Dokumentarfilm über die Parteigeschichte von 1921 bis 1951 wurden mehrere Opern und Dramen zur chinesischen Revolutionsgeschichte uraufgeführt. Im ganzen Land wurden zahlreiche Museen und ständige Ausstellungen zur Geschichte der KPCh nach umfangreichen Änderungen der historischen Darstellung und der entsprechenden Exponate wiedereröffnet. Darunter befand sich auch das Museum in Shaoshan, dem Geburtsort Mao Zedongs, wo "bedeutende Veränderungen" vorgenommen wurden (Radio Hunan, 25.6.81, nach SWB, 1.7.81). Auch das Revolutionsmuseum in Yan'ap wurde nach seiner Schließung im Anschluß an den Sturz der "Viererbände" wiedereröffnet (XNA, 26.6.81). Allein in der Provinz Jiangxi öffneten 17 Museen und permanente Ausstellungen zur chinesischen Revolutionsgeschichte nach umfangreichen Neuarrangements wieder ihre Tore für die Öffentlichkeit (Radio Jiangxi, 29.6.81, nach SWB, 3.7.81). Schließlich gab das Postministerium eine 8-Fen-Sonderbriefmarke zum 60. Jahrestag der Gründung der KPCh heraus.

-sch-

(7) Provinzen diskutieren die Ergebnisse der 6. Plenartagung

Die Provinzorgane der KPCh hielten im Juli 1981 verschiedene Sitzungen ab, um die Ergebnisse der 6. Plenartagung des XI. Zentralkomitees sowie die Rede Hu Yaobangs zum 60. Jahrestag der Gründung der KPCh zu studieren, diskutieren und an die unteren Parteiebenen weiterzugeben. Lediglich aus der Provinz Shanxi und dem Autonomen Gebiet Xinjiang wurden derartige Aktivitäten nicht berichtet. Aufgabe dieser verschiedenartigen Zusammenkünfte der obersten Provinzorgane der Partei war es, zum einen die rückhaltlose Unterstützung

der einzelnen Provinzen für die Ergebnisse der 6. Plenartagung zu erklären und zum anderen die Vereinheitlichung der politischen Ansichten auf den mittleren und unteren Ebenen der Partei im Sinne der jüngsten ZK-Beschlüsse einzuleiten. Verschiedene Rundfunkberichte machten deutlich, daß der parteiinterne Widerstand gegen die jüngsten Beschlüsse des Zentralkomitees in einigen Provinzen zum Teil erheblich ist. Insbesondere scheint dies die Ablösung Hua Guofeng und vor allem die Wahl von Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden zu betreffen.

In Fujian trat das Provinzpartei Komitee zu einer erweiterten Plenartagung zusammen, auf der unter anderem zu einer weiteren Beseitigung des "linken" Einflusses aufgerufen wurde. Dabei gelobten die Teilnehmer, daß sie ihre - offenbar unterschiedlichen - politischen Ansichten im Sinne der Beschlüsse der 6. ZK-Plenartagung vereinheitlichen würden (Radio Fujian, 23.7.81, nach SWB, 1.8.81). Der bisherige 1. Parteisekretär der Provinz Fujian, Liao Zhigao, wurde bezeichnenderweise nicht als Teilnehmer dieser Plenartagung des Provinzpartei Komitees genannt - ein weiteres Indiz dafür, daß er politisch in Ungnade gefallen ist (siehe C.a., Februar 1981, 0 19).

Auf einer erweiterten Plenartagung des Parteikomitees der Provinz Guangdong konnte lediglich eine mehrheitliche (aber nicht einstimmige) Unterstützung für die personellen Beschlüsse der 6. ZK-Plenartagung erzielt werden, während die "Resolution..." einstimmig begrüßt wurde (Radio Guangdong, 27.7.81, nach SWB, 31.7.81).

Am größten scheint der Widerstand gegen die Beschlüsse der 6. Plenartagung in der Provinz Hebei zu sein, in die das ZK-Sekretariat zwölf hohe Funktionäre schicken mußte, um um Unterstützung für die ZK-Beschlüsse zu werben. Unter ihnen befand sich auch der Vizepräsident der Akademie der Sozialwissenschaften und Direktor der politischen Strategieabteilung des ZK-Sekretariats, Deng Liqun, der vor einer Versammlung von 4.500 Provinzfunktionären u.a. "in eindringlicher Weise erklärte, daß die personellen Veränderungen unter den führenden Mitgliedern des Zentralkomitees den Interessen der Partei und des Volkes entsprechen, mit den Wünschen der Parteimitglieder, Funktionäre und Massen übereinstimmen und völlig korrekt sind" (Hebei Ribao, 26.7.81, nach SWB, 7.8.81).

In der Provinz Henan konnte auf einer erweiterten Sitzung des dortigen Provinzpartei Komitees nur eine mehrheitliche Unterstützung für die personellen Beschlüsse der jüngsten ZK-Tagung erreicht werden, während wie in Guangdong die "Resolution..." einstimmig befürwortet wurde (Radio Henan, 28.7.81, nach SWB, 31.7.81).

Auch in Maos Heimatprovinz Hunan gibt es Widerstand gegen die Beschlüsse der 6. Plenartagung, wie aus einer Meldung von Radio Hunan am 2. August 1981 hervorgeht (nach SWB, 7.8.81). Die 2.100 Teilnehmer einer vom Provinzpartei Komitee einberufenen Tagung stellten sich allerdings einstimmig hinter die ZK-Beschlüsse (Radio Hunan, 29.7.81, nach SWB, 7.8.81).

Während aus einigen anderen Provinzen, wie z.B. Qinghai, sowohl "linke" als auch "rechte" Widerstände gegen den politischen Kurs der Parteiführung gemeldet wurden, beklagte die Parteizeitung der Provinz Shaanxi ein allgemeines Desinteresse am Studium der Mao-Werke (Shaanxi Ribao, 14.8.81, nach SWB, 1.8.81).

-sch-

(8) Delegiertenwahlen zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh in Hubei und Jilin

In der Provinz Hubei wurden im Juli auf einer Delegiertenversammlung 47 Abgeordnete zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh gewählt (Radio Hubei, 25.7.81, nach SWB, 28.7.81). Derartige Wahlen hatten in der Provinz Jilin bereits Ende Februar 1981 stattgefunden (Radio Jilin, 24.2.81, nach SWB, 13.3.81).

-sch-

(9) Welle von Todesurteilen

Von Ende Juni bis Ende Juli 1981 sind in mehreren Provinzen mindestens 34 Schwerverbrecher zum Tode verurteilt und unmittelbar nach Urteilsverkündung exekutiert worden (mehrere Rundfunkmeldungen nach SWB). Die Bekanntgabe der Todesurteile wurde auf Massenversammlungen vorgenommen, an denen jeweils bis zu 100.000 Personen teilnahmen. Die Verurteilten hatten in den meisten Fällen Vergewaltigungs- und/oder Morddelikte begangen. Die Verhängung von Todesurteilen und die Bekanntgabe dieser Urteile auf Massenversammlungen soll offenbar zur Abschreckung dienen, um die in den letzten Monaten immer wieder beklagte hohe Kriminalitätsrate insbesondere unter Jugendlichen zu senken (siehe auch C.a., Juni 1981, 0 9).

-sch-

(10) 20 Millionen Verfolgte während der Kulturrevolution

Der in der Kulturrevolution gestürzte frühere Propagandachef der Kommunistischen Partei Chinas, Lu Dingyi, hat in einem Brief an die "Arbeiterzeitung" (Gongren Ribao) vom 7.Juni 1981 geschrieben, daß während der Kulturrevolution ca.20 Millionen Menschen politisch verfolgt wurden (Gongren Ribao, 29.6.81, nach SWB, 18.7.81). Wieviel davon zu Tode kamen, wurde nicht angegeben. Lu Dingyi, der nach seiner späten Rehabilitierung im Januar 1979 im Herbst des gleichen Jahres wieder ins Zentralkomitee der KPCh gewählt wurde, zählt innerhalb der Parteiführungsschicht zu den schärfsten Kritikern Maos und der Kulturrevolution. Lu hatte bereits am 8.März 1979 in der Guangming-Tageszeitung einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Kulturrevolution als eine "11 Jahre andauernde waschechte Konterrevolution" bezeichnet hatte (s.C.a., März 1979, 0 15). Lu Dingyi vertritt darüber hinaus die Ansicht, daß die Theorien Mao Zedongs überhaupt kein "System" darstellen (s.C.a., Januar 1981, S.55) - d.h., die "Mao-Zedong-Ideen" sind für Lu Dingyi als ideologisches System nicht existent.

-sch-

(11) Weitere Verhaftungen von Oppositionellen

Im Zusammenhang mit der Ende 1980 beschlossenen Zerschlagung der außerhalb der KPCh stehenden demokratischen Opposition sind in Nanjing und Hangzhou drei weitere Oppositionelle verhaftet worden. Nach Angaben der "Hongkonger Gesellschaft zur Solidarität mit der demokratischen Bewegung Chinas" soll es sich um Xu Shuiliang und Yu Weimin aus Nanjing sowie um Yang Shaolei aus Hangzhou handeln. Einem Sprecher der Hongkonger Gesellschaft zufolge sollen die Verhaftungen Mitte Juni vorgenommen worden sein (AFP, 5.7.81, nach SWB, 11.7.81).

Bereits im April dieses Jahres waren in verschiedenen chinesischen Städten mehrerer Oppositionelle festgenommen worden,

darunter die bekannten Xu Wenli (Beijing) und Wang Xizhe (Guangzhou). Von Prozessen oder Gerichtsurteilen gegen die verhafteten Oppositionellen ist bisher nichts bekannt geworden (s.hierzu auch C.a., Januar 1981, 0 19 und C.a., April 1981, 0 14). Einem Bericht des Beijinger Korrespondenten der "Le Monde", Manuel Lucbert, zufolge sind seit April 1981 in allen Landesteilen Chinas mindestens 25 Oppositionelle verhaftet worden, die illegale Zeitschriften herausgegeben hatten. Obwohl die Behörden über die Verhaftungen Still-schweigen gewahrt hätten, sei zu erfahren gewesen, daß zumindest in fünf Fällen der Haftbefehl mit "konterrevolutionären Aktivitäten" begründet worden sei. Dabei soll es sich u.a. um Xu Wenli Yang Jing aus Beijing und um Wang Xizhe aus Kanton handeln (Le Monde, 10.7.81). Wang Xizhe war schon einmal "konterrevolutionärer" Tätigkeiten bezichtigt worden, und zwar noch zu Lebzeiten Maos und während der Herrschaft der "Viererbande" (siehe C.a., April 1979, S.493).

-sch-

(12) Weitere Degradierung Chen Yonggui's vorprogrammiert

Der maoistische Modellbauer Chen Yonggui, nominell noch Mitglied des Politbüros, soll bei den Delegiertenwahlen zum XII. Nationalen Parteitag der KPCh in der Provinz Shanxi nicht mehr zum Parteitagsdelegierten dieser Provinz gewählt worden sein. Dies berichtete die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift Dongxiang in ihrer Ausgabe vom 16.6.1981 (S.5). Damit wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Chen Yonggui auf dem XII.Nationalen Parteitag der KPCh erneut ins Zentralkomitee gewählt wird. Der wegen "linker" Fehler in Unnade gefallene frühere Parteisekretär der maoistischen Modellbrigade Dazhai dürfte bereits seit längerem von den Aktivitäten des Politbüros und des Zentralkomitees ausgeschlossen sein - sein letztes öffentliches Auftreten am 10.Juni 1980 liegt bereits über 1 Jahr zurück. Die Delegiertenwahlen zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh in der Provinz Shanxi fanden bereits im Dezember 1980 statt (s.C.a., Dezember 1980, 0 15).

-sch-

(13) Neuer Generalsekretär der ZK-Militärkommission

Neuer Generalsekretär der Militärkommission des Zentralkomitees der KPCh, dem obersten militärischen Führungsorgan der Volksrepublik China, wurde der 77jährige Yang Shangkun. Radio Beijing nannte Yang Shangkun in dieser neuen Position zum ersten Mal in einer Sendung am 29.Juli 1981 (nach: MD, 31.7.81, S.7). Yang löst auf dem bedeutenden Posten des Generalsekretärs der ZK-Militärkommission Geng Biao ab, der im Februar/März 1981 neuer chinesischer Verteidigungsminister geworden war (s.C.a., März 1981, S.180 u. 185). Damit könnte sich im nachhinein die Bestellung von Geng Biao zum Verteidigungsminister als politischer Abstieg erweisen, denn der für Geng Biao jetzt verlorengegangene Posten des Generalsekretärs des obersten militärischen Führungsorganes der VR China erscheint wesentlich gewichtiger als der des Verteidigungsministers.

Mit Yang Shangkun wird die Leitung der Routinearbeiten der ZK-Militärkommission zum erstenmal von einem Funktionär ausgeübt, der über keinerlei militärische Vergangenheit verfügt. Dies ist ganz im Sinne der Reformkräfte um Deng Xiaoping, Hu Yaobang und Zhao Ziyang, die die Armee unter die alleinige Führung durch den zivilen Parteiapparat stellen wollen. Yang Shangkun, der zu Beginn der Kulturrevolution als "konterrevolutionärer Revisionist" gestürzt und

erst im Dezember 1978 rehabilitiert wurde, ist eindeutig den Kräften um Deng Xiaoping zuzuordnen. Als Generalsekretär der ZK-Militärkommission ist Yang die rechte Hand Deng Xiaopings in diesem obersten militärischen Führungsorgan, dessen Vorsitz Deng de facto im November 1980 übernahm (s.C.a., Juni 1981, S.385). Yang Shangkun war im November 1980 aus der Provinz Guangdong in die Parteizentrale berufen worden (s.C.a., November 1980, 0 19). Diese Entscheidung der Parteizentrale fiel zeitlich zusammen mit der Sitzung des ZK-Politbüros vom 13.November bis 5.Dezember 1980, auf der Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden und Deng Xiaoping zum Vorsitzenden der ZK-Militärkommission bestimmt worden waren.

-sch-

(14) Dalai Lama schickte Glückwunschtelegramm an Hu Yaobang

Das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 16.Juli 1981 ein Telegramm, das der im indischen Exil lebende Dalai Lama an Hu Yaobang zu dessen Wahl zum neuen Vorsitzenden des ZK der KPCh geschickt hatte. In seinem Glückwunschtelegramm brachte der Dalai Lama u.a. seine Hoffnung zum Ausdruck, daß Hu Yaobang in seinen "mutigen Bemühungen" fortfahren werde, "die Realitäten anzuerkennen und die Wünsche des Volkes zu respektieren". Die Veröffentlichung der Botschaft des Dalai Lama an Hu Yaobang in dem Organ des Zentralkomitees deutet darauf hin, daß die Reformkräfte in Beijing auch nach den Vorfällen während des Besuchs der zweiten Dalai Lama-Delegation in Tibet und dem darauf verkündeten Aufschub des Besuches einer vierten Abordnung des Dalai Lama weiterhin an Kontakten mit dem geistigen Oberhaupt der Tibeter interessiert sind (s.auch C.a., Juli 1980, S.579-581). Für den Dalai Lama wiederum repräsentiert Hu Yaobang jene Kräfte, die sich Mitte 1980 entschlossen, der über 20 Jahre langen Unterdrückungspolitik der Chinesen in Tibet ein Ende zu setzen: Hu Yaobang verkündete anlässlich eines Besuches in Tibet Ende Mai 1980 persönlich den neuen Tibet-Kurs der Beijinger Parteizentrale (s.C.a., Juni 1980, S.481-492). In der Wahl Hu Yaobangs zum neuen chinesischen Parteichef sieht der Dalai Lama daher eine "echte Hoffnung" für sein Volk (NZZ, 7.7.81). Hu's Tibet-Politik beinhaltet auch, daß die Reformkräfte in Tibet Bedingungen schaffen möchten, die es dem Dalai Lama erlauben, nach Tibet zurückzukehren. Diese Ansicht freilich läßt sich unter Beijings Statthaltern in Tibet offenbar nur sehr schwer durchsetzen: So erklärte der stellvertretende Regierungschef des Autonomen Gebiets Tibet, Luosang Cicheng, nach den Sympathiebekundungen der tibetischen Bevölkerung für den Dalai Lama anlässlich des Besuchs der zweiten Dalai Lama-Abordnung: "Ob Tibet nun einen Dalai mehr oder weniger hat, spielt keine besondere Rolle." Vier Tage später, am 3.August 1980, mußte der amtierende 1. Parteisekretär des Autonomen Gebiets Tibet, Yin Fatang, auf Anordnung des damaligen ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang seinen tibetischen Kollegen korrigieren: "Diese Worte stellen lediglich die persönliche Meinung des Genossen Luosang Cicheng dar und entsprechen nicht der Politik der Parteizentrale. Wir würden nach wie vor die Rückkehr des Dalai Lama begrüßen und für seinen Lebensunterhalt und seine religiöse und politische Stellung Sorge tragen - vorausgesetzt, er akzeptiert wirklich aufrichtig die Führung durch die Kommunistische Partei." (nach: Zhanwang, 16.8.80, S.20). Der Dalai Lama will nur dann nach Tibet zurückkehren, wenn - wie er der Londoner "Sunday Times" erklärte - "die grundlegenden Voraussetzungen für ein zivilisiertes menschliches Leben" in Tibet gegeben sind (nach: NZZ, 7.7.81). Hierbei gehe es vor allem um "Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Bildung und Gesundheitswesen", woran es nach wie vor sehr mangle. In der Geschichte Tibets habe

es kaum je eine Hungersnot gegeben, doch in den letzten 20 Jahren sei es an der Tagesordnung, daß seine Landsleute verhungerten (ebenda). Wie er dem "Observer" erklärte, sieht der Dalai Lama in einer Rückkehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Vorteile - erst sollen die Chinesen die Lebenslage der Tibeter entscheidend verbessern (Observer, 5.7.81).

-sch-

(15) Staatsrat gab Ernennungen bekannt

Der Staatsrat der Volksrepublik China gab am 15.Juli 1981 die Ernennung von insgesamt 25 hohen Regierungsbeamten bekannt, die bereits am 3.Mai vorgenommen worden war (RMRB, 18.7.81). Dabei handelt es sich u.a. um zwei stellvertretende Minister der Staatlichen Wirtschaftskommission, drei stellvertretende Minister des Innenministeriums, zwei stellvertretende Minister des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, neun stellvertretende Minister des Ministeriums für Baumaterialien und einen stellvertretenden Minister des Gesundheitsministeriums. Für nähere Angaben s. die Rubrik Personal Data im englischsprachigen Teil "PRC Official Activities" in diesem Heft (Quellenangabe dort: XNA, 15.7.81).

-sch-

(16) Hochwasserkatastrophe in der Provinz Sichuan

Wolkenbruchartige Regenfälle in einem ca. 38.000 km² großen Gebiet innerhalb der Provinz Sichuan führten zwischen dem 12. und 15.Juli 1981 zu einer schweren Hochwasserkatastrophe, von der insbesondere die Gebiete am Oberlauf des Yangzi betroffen wurden. Mindestens 753 Menschen starben in den Fluten, 558 wurden Ende Juli noch vermißt. 28.140 Personen erlitten Verletzungen, und 1,5 Mio. Menschen wurden obdachlos. 670.000 ha Ackerbaufläche wurden überflutet, wobei die Ernte auf 135.000 ha Ackerbaufläche völlig vernichtet wurde. 3 Eisenbahnlinien, 80 größere Landstraßen und 483 Nebenlandstraßen wurden teilweise schwer beschädigt. Der Gesamtschaden wird auf rund 2 Mrd.Yuan (ca. 1,136 Mrd.US\$) geschätzt (TKP, 30.7.81). Hochwasserschäden wurden im Juli auch aus der Provinz Heilongjiang und dem Autonomen Gebiet Xinjiang gemeldet.

-sch-

(17) Neue Bischofsweihen in Beijing

Anlässlich eines Treffens von 70 katholischen Bischöfen und Priestern in der chinesischen Hauptstadt wurden am 24.Juli 1981 fünf neue Bischöfe in ihr Amt eingeführt. Die Weihezeremonie fand in der Beijinger Kirche der Unbefleckten Empfängnis statt (XNA, 25.7.81). Mit dieser eigenmächtigen, von Rom nicht anerkannten Bischofsweihe reagierte die "Katholische Patriotische Vereinigung Chinas" auf die Ernennung des chinesischen Geistlichen Deng Yimin zum Erzbischof von Guangzhou durch Papst Johannes Paul II., die dieser im Juni 1981 vorgenommen hatte. Der heute 73jährige Geistliche war erst letztes Jahr nach 22 Jahren Haft aus dem Gefängnis in Guangzhou entlassen worden und hatte die Erlaubnis zur Ausreise aus der Volksrepublik erhalten. Gegenwärtig hält er sich in Rom auf (AFP, 12.6.81, nach NZZ, 14.6.81). Die katholische Kirche Chinas verurteilt die Ernennung Dengs zum Erzbischof als illegal. Sie hatte sich im Jahre 1958 von Rom losgesagt und sich in der unabhängigen "Katholischen Patriotischen Vereinigung" organisiert. Der unabhängig vom Vatikan gewählte Bischof Michael Fu Tieshan erklärte unlängst einem westlichen Korrespondenten: "Die Loslösung von Rom war nötig, weil sich unsere Kirche in einem kolonialen Abhängig-

keitsverhältnis befand und von ausländischen Missionaren kontrolliert wurde. Drei Fünftel aller Priester waren Ausländer, und den rund 14 Diözesen mit damals rund drei Millionen Gläubigen standen Bischöfe vor, die natürlich nur dem Vatikan Rechenschaft schuldig waren." Heute schätzt der Bischof die Zahl der Katholiken in China auf gut zwei Millionen (SZ, 13.3.81).

Die Aussage des Bischofs berührt den wunden Punkt, der das Verhältnis Chinas zur christlichen Kirche schwer belastet. Daß die chinesische Kirche fortfährt, ihre Bischöfe unabhängig von Rom zu ernennen und zu weihen, zeigt, daß an ein Ende des Schismas noch lange nicht zu denken ist.

-st-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(18) 146 Millionen Volksschüler

1980 besuchten über 146 Millionen Kinder die Grundschule. Dies waren 93% der Kinder im schulpflichtigen Alter. Der Generalsekretär des Nationalen Kinderschutzkomitees der Volksrepublik China, Frau Zhang Shuyi, machte diese Angaben auf einer internationalen Fachtagung der UNESCO, die vom 26. Juni bis zum 16. Juli 1981 in Beijing, Qingdao und Shanghai stattfand. Darüber hinaus berichtete Frau Zhang, daß die Kindersterblichkeitsrate auf 1,2% in den chinesischen Städten und auf zwischen 2-3% in den ländlichen Gebieten gesenkt werden konnte (XNA, 2.7.81; nach SWB, 16.7.81).

-sch-

(19) Bai Hua arbeitet an zwei neuen Werken

Bai Hua, der Autor des im April und Mai heftig kritisierten Drehbuches "Bittere Liebe" (s. C.a., Juni 1981, S.389-392), ist der sommerlichen Hitze ausgewichen und erholt sich zur Zeit in dem Prominenten-Seebad Beidaihe. Dort überarbeitet er seine beiden von April bis Juni neu entstandenen Werke "Die Meng-Brücke" und "Die goldene Lanze des Königs Wu und das Schwert des Königs Yue", wie er einem Korrespondenten der Hongkonger Zeitung "Da Gong Bao" mitteilte. Die beiden Werke sind zur gleichen Zeit entstanden, als Bai Hua in Teilen der chinesischen Presse kritisiert wurde. Während dieser Zeit, so sagte Bai Hua, habe sich die Führung der Einheiten, wo er stationiert sei, sehr um ihn gekümmert, sie habe ihn verstanden und nicht gewollt, daß er sich Sorgen mache. Sie habe ihm nahegelegt, der Kritik mit einer Haltung zu begegnen, daß, wenn es Fehler gäbe, er diese korrigieren wolle, und wenn es keine gäbe, er ermutigt sein solle. Deshalb habe er genauso wie immer gearbeitet und gelebt. In dieser Zeit habe er mit noch mehr Zuversicht und Fleiß gearbeitet und innerhalb von etwas mehr als zwei Monaten zwei neue Werke verfaßt. Bei "Die Meng-Brücke" handelt es sich um ein Drehbuch, dessen Handlung auf Erfahrungen beruht, die der Autor 1962, als er ein Jahr auf dem Lande arbeitete, in einem kleinen Dorf in Zhejiang gemacht hat. Das zweite Stück ist ein historisches Drama, nach dem 1978 erschienenen Drama "Li Bo und Du Fu" das zweite Stück dieses Genres von Bai Hua.

Auf "Bittere Liebe" angesprochen, berichtete Bai Hua, daß er zusammen mit Peng Ning das Filmdrehbuch verfaßt habe und daß der Film zur Zeit unter der Regie von Peng Ning im Filmstudio Changchun gedreht würde. Zur gleichen Zeit würde das Drehbuch auch überarbeitet. Der Film sei eine eigene Schöpfung und anders als seine ursprüngliche Fassung (DGB, 10.7.81).

Damit scheint die Affäre um das Filmskript Bai Huas erledigt zu sein. Autor und Regisseur sind auf die Kritik eingegangen und werden den Film entsprechend verändern - zweifellos eine vernünftige Reaktion, die dazu angetan ist, den stark in Gefahr geratenen gegenwärtigen kulturpolitischen Kurs zu erhalten.

-st-

(20) Jungsteinzeitliches Dorf südlich des Yangzi entdeckt

Vor einiger Zeit wurde südlich des Yangzi in der Provinz Zhejiang eine jungsteinzeitliche Siedlung ausgegraben, deren Alter mit neuesten wissenschaftlichen Methoden auf 7000 Jahre bestimmt wurde. Es handelt sich um die zweite derartige Ausgrabung südlich des Yangzi, nachdem man im Jahre 1973 ein ebenfalls 7000 Jahre altes Dorf bei Hemudu im Kreis Yuyao, ebenfalls in Zhejiang, entdeckt hatte. Die neu ausgegrabene Stätte befindet sich bei Luojiyajiao, zwei Kilometer nordöstlich von Shimenzhen im Kreis Tongxiang. Zu den dort gemachten Funden zählen 53 Abfallgruben, über 700 Artefakte aus Stein und Knochen sowie Keramikgefäße, über 100 kg Tierknochen und mehrere hundert Körner von zwei verschiedenen Reissorten. Die Funde zeigen, daß es damals Viehzucht und Getreideanbau gab. Die Keramik weist feine Muster auf, die für das Studium der Herkunft und Entwicklung der chinesischen Keramik außerordentlich wichtig sind.

Nach der Entdeckung der Kulturen von Majiabing und Hemudu sind auch die neuen Funde bei Luojiyajiao ein Anzeichen dafür, daß die bisherige Auffassung der Archäologen und Historiker, wonach die Wiege der chinesischen Kultur das Tal des Gelben Flusses gewesen sei, revidiert werden muß. Künftig wird man das Yangzi-Tal auch als Wiege der chinesischen Kultur in Betracht ziehen müssen (XNA, 27.6.81). Die wissenschaftliche Auswertung der Funde wird abzuwarten sein, bevor man neue Erkenntnisse über die chinesische Vorgeschichte sowie die Entstehung der chinesischen Kultur gewinnen kann.

-st-

(21) Dreharbeiten zu "Marco Polo"

In einer Gemeinschaftsproduktion der italienischen Radio- und Fernsehgesellschaft und der chinesischen Ko-Produktions-Gesellschaft entsteht zur Zeit ein historischer Film über Marco Polo, der Ende des 13. Jahrhunderts von Italien nach China kam und dort in den Dienst der damals in China herrschenden mongolischen Yuan-Dynastie trat. Das Abkommen über die Gemeinschaftsproduktion war im Dezember 1979 unterzeichnet worden. Der Film wird fürs Fernsehen in acht etwa einstündigen Teilen produziert. Über die Hälfte des gesamten Films spielt in China, wo zwanzig Wochen für die Dreharbeiten angesetzt sind. Die Kosten werden sich insgesamt auf 30 Mio. US\$ belaufen. Mit der Fertigstellung wird im Frühjahr 1982 gerechnet. Die Hauptrolle spielt Ken Marshall, ein amerikanischer Schauspieler, während die Rolle Kublai Khans der chinesische Schauspieler Ying Ruocheng übernommen hat (GMRB, 12. und 13.7.81; XNA, 14.7.81).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(22) Entwicklung des Außenhandels im 1. Halbjahr 1981

Nach Angaben des chinesischen Außenhandelsministeriums belief sich das Volumen des chinesischen Außenhandels in der